



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

IAPÖ-Sofortprogramm gegen die Energie- und Kriegskrise

**REGIERUNG FÄHRT
ÖSTERREICH
GEGEN DIE WAND.**
WEIL SIE KEINE WIRKSAMEN LÖSUNGEN HAT.

IAPÖ
INSTITUT für
ANGEWANDTE
POLITISCHE
ÖKONOMIE

**IAPÖ PRÄSENTIERT EIN SOFORTPROGRAMM
GEGEN ENERGIE- UND KRIEGSKRISE**

- ✓ Sofortige Senkung der Energiepreise
- ✓ Verwaltung reformieren und verkleinern
- ✓ Steuern und Kammerumlagen senken

**Sofort entlasten, Versorgung sichern und
Abhängigkeiten reduzieren**

Reinhard Fellner



Sofort entlasten, Versorgung sichern, Abhängigkeiten reduzieren

Österreich steht unter doppeltem Druck:

Die geopolitische Eskalation erhöht Energie- und Rohstoffpreise, während die strukturellen Schwächen des Standorts immer deutlicher sichtbar werden. Gerade in einer solchen Lage braucht es keine Symbolpolitik, keine planwirtschaftlichen Eingriffe und keine bloße Krisenrhetorik, sondern ein klares Maßnahmenpaket mit zwei Zielen: **sofortige Stabilisierung** und **langfristiger Systemumbau**.

Die IAPÖ schlägt daher ein Sofortprogramm vor, das akute Belastungen abfedert und zugleich die Basis für mehr Autarkie und Resilienz legt.

1. Sofortige Preisstabilisierung bei Energie und Treibstoffen

1.1 Automatische Krisenbremse bei CO₂-Steuer und Energieabgaben

Bei Überschreiten definierter Preisgrenzen für Treibstoffe, Gas und Strom müssen automatisch temporäre Entlastungen greifen.

Das bedeutet:

- zeitweise Absenkung oder Aussetzung der CO₂-Steuer
- variable, antizyklische Anpassung energiebezogener Abgaben
- Rückführung staatlicher Zusatzeinnahmen aus hohen Energiepreisen an Bürger und Wirtschaft

So wird verhindert, dass der Staat an Krisenpreisen mitverdient, während Haushalte und Betriebe unter Druck geraten.

1.2 Energiepreis-Stabilisierungsfonds

Ein Sofortfonds soll extreme Preisspitzen abfedern. Er finanziert sich aus:



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

- Mehreinnahmen aus hohen Energiepreisen
- Umschichtungen innerhalb ineffizienter Staatsausgaben
- Einsparungen durch Bürokratieabbau

Ziel ist nicht Dauersubvention, sondern Krisenlätung.

2. Versorgungssicherheit für Wirtschaft, Landwirtschaft und Haushalte

2.1 Strategische Reserven aktivieren und ausbauen

Österreich braucht nicht nur Lager, sondern aktive Krisenvorsorge:

- Gasreserven
- Treibstoffreserven
- industrielle Grundstoffe
- kritische Vorprodukte für Landwirtschaft und Produktion

2.2 Priorisierung kritischer Sektoren

Im Krisenfall müssen folgende Bereiche bevorzugt abgesichert werden:

- Lebensmittelproduktion
- Gesundheitswesen
- Verkehr und Logistik
- energieintensive Schlüsselindustrie
- Wärme- und Grundversorgung

2.3 Krisenversorgung für Landwirtschaft

Landwirtschaft ist Teil der nationalen Sicherheitsstruktur. Deshalb braucht es:

- abgesicherten Agrardiesel
- gesicherte Düngemittelversorgung



- Schutz vor energiepreisbedingten Produktionsausfällen

3. Sofortige Korrektur des Strommarktes

3.1 Merit-Order-Korrektur für Krisenzeiten

Wenn Österreich überwiegend erneuerbaren Strom produziert, dürfen Verbraucher und Industrie nicht dauerhaft den teuersten Grenzkraftwerkspreis bezahlen.

Daher braucht es:

- einen nationalen Referenzpreiskorridor für Grundlast und Industrie
- eine Trennung von Basisstrom und teuren Knappheitsspitzen
- Kapazitätzahlungen für Reservekraftwerke statt Preisexplosionen am Spotmarkt

3.2 Langfristverträge für Industrie und Grundversorgung

Strom und Gas für systemrelevante Branchen dürfen nicht vollständig vom Tagesmarkt abhängen. Es braucht:

- mehrjährige Lieferverträge
- kalkulierbare Preispfade
- Versorgungssicherheit statt Börsenabhängigkeit

4. Entlastung von Unternehmen und Arbeitnehmern

4.1 Senkung struktureller Kosten

Krisenfestigkeit entsteht nicht nur durch Energiepolitik, sondern auch durch geringere Systemkosten. Sofort nötig sind:

- Senkung der Lohnnebenkosten
- Rückbau von Kammerumlagen
- Ende neuer Abgaben zur Gegenfinanzierung scheinbarer Entlastungen



4.2 Bürokratie-Notprogramm

Für die Dauer der Krise müssen Verfahren und Lasten reduziert werden:

- beschleunigte Genehmigungen
- befristete Aussetzung unnötiger Auflagen
- schnellere Investitionsentscheidungen bei Energie, Industrie und Infrastruktur

5. Industriestandort sichern

5.1 Schutz der industriellen Basis

Öl und Gas sind nicht nur Energieträger, sondern Grundstoffe für:

- Chemie
- Pharma
- Metall
- Papier
- Kunststoff
- Düngemittel

Österreich muss seine industrielle Basis aktiv schützen, statt sie über Energiepreise und Regulierungen zu schwächen.

5.2 Krisenkorridor für energieintensive Unternehmen

Für besonders belastete Schlüsselbranchen braucht es zeitlich befristete Stabilisierungsinstrumente, gekoppelt an:

- Standortbindung
- Beschäftigungssicherung
- Investitionen in Effizienz und Versorgungssicherheit



6. Diversifikation statt ideologische Verengung

6.1 Beschaffungspolitik neu ausrichten

Österreich und Europa müssen in der Krise mit wirtschaftlicher Vernunft handeln:

- mehrere Lieferquellen
- mehrere Handelsrouten
- mehrere Vertragspartner
- keine künstliche Selbstverengung

Autarkie heißt nicht Isolation, sondern geringere Verwundbarkeit.

6.2 Neue strategische Partnerschaften

Zusätzlich zur EU braucht Österreich aktiv wirtschaftliche und energiepolitische Partnerschaften außerhalb der klassischen Abhängigkeitspfade.

7. Staatliche Führungsfähigkeit wiederherstellen

7.1 Krisenstab Energie und Versorgung

Ein permanenter Energie- und Versorgungssicherheitsrat soll täglich Preis-, Speicher- und Versorgungsdaten auswerten und Maßnahmen automatisch auslösen.

7.2 Weniger Schnittstellen, mehr Verantwortung

Gerade in der Krise braucht es klare Zuständigkeiten:

- weniger Kompetenzwirrwarr
- weniger Parallelstrukturen
- schnellere Entscheidungen



Das passt zur IAPÖ-Linie eines schlankeren, kompetenteren Staates.

8. Verbindung zur langfristigen IAPÖ-Strategie

Dieses Sofortprogramm ist keine Abkehr vom langfristigen Kurs, sondern dessen operative Krisenversion.

Die langfristige Autarkie- und Resilienzstrategie bleibt:

- stabile und diversifizierte Energieversorgung
- geringere Importabhängigkeit
- schlanker Staat
- geringere Systemkosten
- starke Industrie
- leistungsfähige Bildung und Arbeitsmarktorientierung
- mehr nationale Krisenfestigkeit

Das Sofortprogramm übersetzt diese Ziele in unmittelbares Handeln.

9. Staatsreform als Kriseninstrument

9.1 Verkleinerung der Bundesregierung auf 9 Ministerien

Die aktuelle Regierungsstruktur ist historisch gewachsen, ineffizient und teuer.

In einer Krisensituation braucht es **klare Zuständigkeiten und schnelle Entscheidungen**.

IAPÖ-Vorschlag:

Reduktion auf **maximal 9 Ministerien**, z. B.:

- Kanzleramt (inkl. strategischer Koordination)
- Finanzen
- Wirtschaft & Energie
- Arbeit & Soziales



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

- Inneres & Sicherheit
- Landesverteidigung
- Infrastruktur & Digitalisierung
- Bildung, Forschung & Innovation
- Gesundheit & Pflege

👉 Ziel:

- weniger Schnittstellen
- schnellere Entscheidungen
- geringere Kosten
- höhere Verantwortlichkeit

9.2 Stärkung der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers

In Krisen braucht es Führung, nicht Abstimmungsschleifen.

Daher:

- klare Richtlinienkompetenz des Kanzlers in strategischen Fragen
- verbindliche Koordination zwischen Ministerien
- Ende von Blockaden zwischen Ressorts

👉 Ergebnis: Ein handlungsfähiger Staat statt fragmentierter Zuständigkeiten.

9.3 Fachkompetenz statt Parteibuch

Ministerien müssen von Personen geführt werden, die fachlich geeignet sind.

IAPÖ fordert:

- klare fachliche Qualifikationsprofile für Minister
- stärkere Einbindung unabhängiger Experten
- Reduktion parteipolitischer Postenbesetzungen

👉 Ziel:

Professionalisierung der Regierung in Krisenzeiten.



9.4 Verkleinerung der Kabinette

Ministerkabinette sind stark gewachsen und verursachen hohe Kosten bei oft begrenztem Mehrwert.

Maßnahmen:

- deutliche Reduktion der Kabinettsgrößen
- Rückführung von Doppelstrukturen
- stärkere Nutzung der bestehenden Fachverwaltung

👉 Ergebnis:

- geringere Kosten
- mehr Effizienz
- weniger politische Parallelstrukturen

9.5 Personaloffensive durch Reduktion statt Ausbau

Ein resilienter Staat ist kein größerer Staat, sondern ein effizienterer.

IAPÖ-Vorschläge:

a) Erhöhung des Pensionsantrittsalters im öffentlichen Dienst

- für Beamte und Verwaltungsangestellte in Bund und Ländern
- **+2 Jahre** als Sofortmaßnahme

👉 Effekt:

- Entlastung der Pensionssysteme
- längere Nutzung von Erfahrung und Know-how

b) Nicht-Nachbesetzung ausscheidender Stellen (2 Jahre)

- natürliche Fluktuation nutzen
- frei werdende Stellen für **mindestens 2 Jahre nicht nachbesetzen**

👉 Wirkung:



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

- sofortige Einsparungen
- strukturelle Verschlinkung ohne Kündigungen

c) Digitalisierung statt Personalaufbau

- Automatisierung von Standardverfahren
- Ausbau digitaler Verwaltung
- Reduktion von Amtswegen

👉 Ziel: Produktivitätssteigerung im Staat statt Personalexpansion

10. Warum diese Reform Teil der Resilienz Strategie ist

Die vorliegenden Daten zeigen klar:

- steigende Staatskosten
- sinkende Produktivität
- schwache Wachstumsdynamik
- zunehmende Belastung von Wirtschaft und Bürgern

Ein ineffizienter Staat:

- erhöht die Krisenkosten
- verlangsamt Entscheidungen
- schwächt die Wettbewerbsfähigkeit
- verhindert echte Entlastung

👉 **Autarkie und Resilienz beginnen daher beim Staat selbst.**

Gesamtfazit



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Die Energie- und Kriegskrise ist nicht nur eine externe Herausforderung – sie legt die strukturellen Schwächen des Systems offen.

Die IAPÖ verbindet daher:

- **kurzfristige Entlastung**
- **stabile Versorgung**
- **marktwirtschaftliche Korrekturen**
- **und eine konsequente Staatsreform**

IAPÖ-Kernsatz

Ein Staat, der sich selbst nicht effizient organisiert, kann auch keine Krise effizient bewältigen.

Conclusio

Österreich darf auf Energie- und Kriegskrisen nicht mit Symbolpolitik, neuen Belastungen und hektischen Einzelmaßnahmen reagieren. Es braucht ein Programm, das akute Härten mindert und gleichzeitig die strukturellen Schwächen des Systems behebt.

Die IAPÖ fordert daher: sofort entlasten, Versorgung absichern, Märkte stabilisieren, Abhängigkeiten reduzieren.